

Kreisblatt

für den

Postcheckkonto No. 331
Frankfurt a. M.

Fernsprechnummer 28.

Kreis Westerbург.

Telegramm-Adresse:
Kreisblatt Westerbург.

Erheint wöchentlich zweimal, Dienstags und Freitags. Der Bezugspreis beträgt in der Expedition abgeholt pro Monat 1,50 M., durch die Post geliefert pro Quartal 4,50 M. Einzelne Nummer 10 Pfg. — Das „Kreisblatt“ ist amtliches Organ von 82 Bürgermeistereien und haben deshalb die Anzeigen wirksamste Verbreitung. — Insertionspreis: Die viergespaltene Kleinzeile oder deren Raum nur 80 Pfg.

Das Kreisblatt wird von 80 Bürgermeistereien in eigenem Kasten ausgehängt, wodurch Inserate die weiteste Verbreitung finden.

Redaktion, Druck und Verlag von P. Kaesberger in Westerbург.

No. 35.

Dienstag, den 27. April 1920

36. Jahrgang.

Amtlicher Teil.

An die Herren Bürgermeister des Kreises.

Betrifft: **Indierverteilung.**

Zur Behebung von Zweifeln teile ich Ihnen hierdurch mit, daß unter den Begriff „**Säuglinge**“ sämtliche Kinder bis zum Alter von 2 Jahren fallen.

Unter Bezugnahme auf meine Kreisblattverfügung vom 16. d. Mts., Kreisbl. Nr. 82, ersuche ich diejenigen Herren Bürgermeister, die bei Ihrem diesbezüglichen Berichte nicht nach vorstehendem Grundsatz verfahren haben, die genaue Zahl der Säuglinge (Kinder unter 2 Jahren) binnen 24 Stunden hierher zu berichten. Bei denjenigen Gemeinden, wo ein Bericht hiernach nicht eingeht, nehme ich an, daß die Zahl richtig gemeldet ist.

Westerburg, den 26. April 1920.

Der k. Landrat. Dr. Schieren.

Seit: Verteilung von Reichsware aus der Textilnotstandsversorgung.

1. Versorgungsberechtigte Personen.

Kommunalware wird lediglich zur Binderung dringender Nahrungsnot zur Verfügung gestellt; sie darf daher nur an solche Personen abgegeben werden, die nachweislich die notwendigsten Kleidungsstücke nicht besitzen, ihren Bedarf auf keine andere Weise decken können und ohne die Reichshilfe in Nahrungsnot geraten würden.

Hierunter fallen alle wirtschaftliche Schwachen ohne Rücksicht auf ihre soziale Stellung, nicht nur aus Arbeiterkreisen, sondern insbesondere auch Beamte, Privatangestellte und selbständige Personen des Mittelstandes, besondere Berücksichtigung sollen Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene sowie kinderreiche Familien finden.

2. Art, Beschaffenheit und Preise der Kommunalware.

Als Kommunalware werden nur Waren einfacher Art geliefert. In Betracht kommen sämtliche Stoffe, soweit verfügbar, auch a) Anzüge, Joppen, Hosen für Männer, Burschenanzüge, Knabenanzüge, Jackenkleider für Frauen, Frauenröcke, Blusen, Mädchenkleider, Männer- und Frauenwintermäntel; b) Hemden und Unterhosen für Männer, Frauen Knaben und Mädchen, Unterröcke für Frauen und Mädchen, Unterlagen für Wäscherinnen, Säuglingswäsche, c) Strümpfe. Näh- Strick- und Stopfgarne werden nicht geliefert.

Eine Gewähr für die Beschaffenheit der gelieferten Kommunalware übernimmt die Reichsbekleidungsstelle nicht; sie sorgt nach Kräften dafür, daß gute und zweckmäßige Ware geliefert wird; die Textilnot zwingt aber dazu, auch Waren minderer Beschaffenheit mitzuverteilen. Die Käufer von Kommunalwaren haben deshalb kein Recht zur Mängelrüge. Soweit es möglich werden Musterstücke, die einen ungefähren Anhalt für den Fall der Ware geben, bereit gestellt. Dies geschieht unter dem ausdrücklichen Vorbehalt, daß völlig mustergetreue Lieferung niemals garantiert werden kann und daß die Besteller auf Antragsanullierung wegen Abweichungen im Bezug auf Beschaffenheit, Farbe, Form, Preise, Dessin, usw. von vornherein verzichten müssen.

Eine Versorgungspflicht der Reichsbekleidungsstelle besteht nicht. Da die Bedarfsdeckung auf unsicheren Grundlagen ruht, bleibt vorbehalten, auch bereits zugeteilte Mengen nicht oder nur teilweise zu liefern, falls die Reichsbekleidungsstelle nicht oder nicht in genügendem Umfange in der Lage ist, die Waren in der zugesicherten Menge, Beschaffenheit oder Preislage zu beschaffen.

Die Preise für Kommunalware werden so niedrig wie irgend möglich gehalten, daß zu den Einstandspreisen nur die bei der Bewirtschaftung entstehenden Unkosten zugeschlagen werden und keine Stelle unberechtigte Gewinne erzielt werden, ist der

leitende Grundsatz dessen Durchführung der ständigen Aufsicht des Reichswirtschaftsministeriums unterliegt.

Vorstehenden Auszug aus den Bestimmungen der Reichsbekleidungsstelle bringe ich zur Kenntnis. Die dem Kreise zugewiesene Kommunalware wird an die Kaufleute des Kreises verteilt, die die Waren nur auf Grund der von den Bürgermeistern ausgestellten Bedarfscheine abzugeben haben. Da nur geringe Mengen überwiesen werden, ersuche ich die Herren Bürgermeister, bei der Ausstellung der Bedarfscheine die Bedürftigkeit im einzelnen Falle genau zu prüfen. Ueber alle ausgegebenen Waren haben die Kaufleute Listen zu führen, die auf Verlangen vorzulegen sind.

Westerburg, den 22. April 1920.

Der k. Landrat. Dr. Schieren.

Montabaur (Deutschland), den 23. April 1920.

Dienststelle für bürgerl. Angelegenheiten.

Mitteilung an sämtliche Bürgermeister durch die Hand des Landrats, Kreis Unterwesterwald und Herrn Forstmeister Hedding, Wallmerod.

1. Viele deutsche Frauenspersonen, welche mit amerikanischen Soldaten in Orten des besetzten Gebiets zusammengelebt haben, sind mit einer besonderen Bemerkung, die von der amerikanischen Behörde in ihren Ausweis eingetragen ist, ausgewiesen worden.
2. Sämtlichen Bürgermeistern ist hiermit verboten, einen zweiten Ausweis irgend einer dieser Frauenspersonen auszustellen, bevor der alte vorgewiesen ist. Bei dessen Vorweisung sind sodann alle Bemerkungen, welche der alte Ausweis enthält, auch in den neuen zu übernehmen.
3. In dem Falle, daß eine Frauensperson behauptet, ihren Ausweis verloren zu haben, soll kein anderer ihr verabsolgt werden, bis sie eine schriftliche Erlaubnis hierzu von dem Büro für bürgerl. Angelegenheiten in Montabaur vorweist.
gez. H. P. Hall, Captain, C. A. C. G. A.
Montabaur.

An sämtliche Herren Bürgermeister der besetzten Gemeinden des Kreises Westerbург.

Abdruck mit dem Ersuchen um Kenntnis und zur Nachachtung.

Wallmerod, den 24. April 1920.

Der Landrat im besetzten Teil des Kreises Westerbург.
J. B.: Hedding.

Bekanntmachung.

In letzter Zeit ist es vorgekommen, daß den Bäckern des unbefetzten Kreisteiles vom Kreise nicht rechtzeitig das Mehl zur Erbackung des Brotes für die versorgungsberechtigte Bevölkerung geliefert werden konnte. Dies hat seinen Grund darin, daß das Mehl von den Mühlen der Reichsgetreidestelle hier verspätet eingetroffen ist. Ich habe die erforderlichen Schritte getan, damit in Zukunft nach Möglichkeit Störungen der Brotversorgung der versorgungsberechtigten Bevölkerung vermieden werden.

Die Herren Bürgermeister des unbefetzten Kreisteiles und der Magistrat der Stadt Westerbург werden um entsprechende Aufklärung der Bevölkerung ersucht.

Westerburg, den 23. April 1920.

Der k. Landrat. Dr. Schieren.

Unter dem Klauenviehbeständen des Karl Störkel und Joh. Uhl zu Ahausen, des Wilhelm Bernhardt, Friedrich Erbe und Philipp Heinz zu Freiensfeld, des Wilhelm Kremer, Hermann Ernst Heumann und Adolf Gromm zu Waldhausen, des Wilhelm Moser jun. Hermann Röhr und Ferdinand Höler zu Weilburg, des Wilhelm Schwarz, Heinrich Schwarz und Peter Schwarz in

Niedertiefenbach, ist die Maul- und Klauenseuche amtlich festgestellt worden.

Ueber die Geflügel ist die Sperre verhängt worden.

Weilburg, den 16. April 1920.

Der Landrat.

Deutsches Reich.

Amerikanische Lebensmittel.

Berlin, 23. April. Zwischen der Reichseinfuhrgesellschaft und den amerikanischen Packerfirmen wurde ein neues Uebereinkommen getroffen, bezüglich der Lieferung von Brotgetreide, Fleisch, Speck, Schmalz, Milch und anderer Fette. Für die zu liefernden Lebensmittel hat Deutschland einen Betrag von 2 1/4 Milliarden zu zahlen. Die Lieferung soll sofort beginnen. In Frage kommen 250 Millionen Kg. Brotgetreide; 45 Millionen Kg. Fleisch; 50 000 Millionen Kg. Speck; 25 Millionen Kg. Schmalz; 3 Millionen Kg. Käse; 400 000 Kisten Milch zu je 48 Dosen; Oelfrüchte zur Herstellung von 50 Millionen Kg. Margarine.

Die Räumung Frankfurts gefordert.

Berlin, 24. April. Nach einer Berliner Meldung der "Chicago Tribune" beabsichtigt die deutsche Regierung, die Räumung Frankfurts und der anderen besetzten rechtsrheinischen Städte zu fordern, mit der Begründung, daß die deutsche Truppenstärke in der neutralen Zone jetzt der maßgebenden Ziffer des Protokolls vom 22. August entspreche.

Die "Börs. Ztg." berichtet hierzu, die deutsche Regierung stehe auf dem Standpunkt, daß die Franzosen ihr Versprechen einlösen und die Besetzung der rechtsrheinischen Städte aufheben werden, sobald die Maximalziffer der deutschen Truppenstärke in der neutralen Zone erreicht ist, was jetzt der Fall sei.

Die neutrale Zone geräumt!

U. Berlin, 25. April. Die Zurückziehung der Truppen aus der neutralen Zone hat stattgefunden. Die Truppenzahl an Offizieren und Mannschaften in dieser Zone beträgt nunmehr nicht mehr als 17 700 Köpfe, überschreitet also nicht mehr die Kopfstärke, die unter Zugrundelegung der Entscheidung des Obersten Rates vom August 1919 für die neutrale Zone festgesetzt ist.

Aufhebung der Adelsvorrechte.

Berlin, 24. April. In der Sitzung des preussischen Staatsministeriums wurde ein Gesetzentwurf über die Aufhebung der Standesvorrechte des Adels und die Auflösung der Hausvermögen angenommen. Aufgehoben sind damit auch die Prädikate "Königliche Hoheit", "Durchlaucht" usw., besondere Ehrungen, wie Bandesträuer usw. Ueber die Auflösung des Hausvermögens wird gesagt, daß die in Preußen befindlichen Hausvermögen einschl. der standesherrlichen Hausgüter bis zum 1. April 1923 von den beteiligten Familien aufzulösen sind. Ist die Auflösung binnen dieser Frist nicht geregelt, so erfolgt die Zwangsauflösung der Hausvermögen im Verwaltungswege durch das Staatsministerium. Als Namen für die Adligen und ihre Angehörigen gilt die Bezeichnung, die sich auch bisher auf nicht besonders bedorrechtete Familienmitglieder als eigentliche Familienbezeichnung vererbte.

Kein Deutscher in San Remo.

U. Berlin, den 24. April. Von maßgebender Seite wird die Nachricht, daß der deutsche Geschäftsträger aus Rom, von Herff, nach San Remo eingeladen sei, als unzutreffend bezeichnet. Eine Einladung sei nicht ergangen und Herr von Herff werde nur dann nach San Remo gehen, wenn er offiziell von der Entente dazu aufgefördert wird.

Aus dem Wahlkreis Hessen-Nassau.

Hannau, 24. April. Die Ortsgruppe Hanau der Deutschdemokratischen Partei wurde mitgeteilt, es bestehe begründete Aussicht, daß an erster Stelle der Kandidatenliste für den Wahlkreis Hessen-Nassau Reichsminister Koch, der frühere Kasseler Oberbürgermeister, zu stehen komme, während an zweiter Stelle ein Vertreter der Bauernschaft rangiere. Als Hanauer Kandidat wurde Stadtverordneter Postsekretär Kaufhold bestimmt.

Der Landesvorstand der Hessischen Volkspartei in Darmstadt hat der Deutschen Volkspartei den Vorschlag einer gemeinsamen Liste für die bevorstehende Reichstagswahl gemacht. Er ließ sich dabei von der Erwägung leiten, daß alles Trennende angesichts der großen vaterländischen Not zurücktreten müsse.

Zentrum und Landwirtschaft.

Da die Viehlieferungen an den Verband beginnen, wird man von der untenstehenden Berliner Meldung in allen landwirtschaftlichen Kreisen mit besonderer Genugung Kenntnis nehmen. Es ist den beständigen Bemühungen der beiden Zentrumsfraktionen im Reichs- und Landtag endlich gelungen, eine Erhöhung der Preise für die an den Verband abzuliefernden Tiere durchzusetzen, und zwar bezieht sich diese Erhöhung, die durch ein verständnisvolles Zusammenarbeiten des preussischen Landwirtschaftsministeriums mit dem Reichsproduktionsministerium und dem Reichsfinanzministerium möglich geworden ist nicht nur auf Pferde, sondern auch auf die Viehpreise. Die Preise sind wie folgt festgesetzt worden:

	a. Pferde:	bisher	zukünftig
1 1/2jähr. Stuten		10 800 Mk.	14 000 Mk.
2 1/2jähr. Stuten		14 400 "	18 000 "
3 1/2jähr. u. alt. Stuten		16 000 "	20—25 000 "
Hengste		36 000 "	36 000 "

Kühe	3 960 Mt.	5 500
Tragende Färsen	3 960 "	5 500
Junggrinder	1 800 "	2 500
Bullen	4 200 "	5 500

c. Schafe:		
Holsteinische Milchschafe	600 "	800
ostfriesische Milchschafe	600 "	800
alle anderen Schafe	540 "	540
Schafböcke Merino	3 000 "	3 000
alle anderen Schafböcke	1 800 "	1 800

d. Ziegen:		
Ziegen	540 "	650
Böcke	540 "	650

e. Geflügel:		
Geflügel	48 "	48
Hähne	60 "	60

Ausland.

Holz wird ausgeliefert.

Basel, 24. April. Das tschechoslowakische Pressebüro meldet aus Prag, die tschechoslowakische Regierung habe beschloß dem Berliner Auslieferungsbegehren bezüglich des Kommunistenholzes zu entsprechen.

Kriegserklärung Japans an Sowjetrußland?

Haag, 23. April. Wie der "Daily Telegraph" meldet, Japan an Sowjetrußland den Krieg erklärt und Amerika Sibirien freie Hand gelassen.

Der holländische Kredit für Deutschland

U. Haag, 23. April. Die Regierung hat einen Entwurf eingebracht, wonach Deutschland einen Vorschuß von 60 Millionen Gulden erhalten soll. Dieser Betrag stellt einen Teil der 60 Millionen dar, die Deutschland für Nahrungsmittel benötigt.

Deutschland in San Remo!

Paris, 23. April. (Berl. Tageblatt.) Wie der Sonderkorrespondent des "Matin" meldet, haben Ritti und Lloyd George Millerand den Gedanken nahegelegt, die deutsche Regierung der Konferenz in San Remo einzuladen. Beide hätten sogar die Anwesenheit des deutschen Reichskanzlers für wünschenswert erklärt, um die zukünftigen wirtschaftlichen und politischen Beziehungen mit dem ehemaligen Feinde in sachlicher und umfassender Weise zu besprechen. Der Korrespondent bemerkt, man könne die Wirkung dieses Vorschlages auf Millerand leicht vorhersagen.

Lloyd George auf Seiten der deutschen Anträge.

U. Paris, den 23. April. Der "Matin" meldet, daß er der Ansicht sei, Deutschland habe den Friedensvertrag nicht verletzt, habe auch nicht in bösem Glauben gehandelt. Er erklärte ferner, daß nach seiner Meinung Deutschland ein Recht auf San Remo sei, bei dem die einzelnen Glieder dem Gehirne nicht gehorchen wollen. Man könne daher nicht mehr dieselben Forderungen an Deutschland stellen wie an ein gesundes Land. Die Forderung Deutschlands, eine Armee von 200 000 Mann zu behalten, sei nicht unberechtigt.

Lloyd Georges Vermittlung gescheitert.

Haag, 24. April. "Manchester Guardian" meldet, daß die Spannung zwischen Frankreich und Italien außerst ernst und dürfte zu einem vorzeitigen Abbruch der Konferenz führen, nachdem alle englischen Vermittlungsversuche zur Söhnung der scharf gegeneinanderstehenden Auffassungen Millerands und Rittis ohne jeden Erfolg geblieben sind.

Amsterdam, 24. April. "Daily Chronicle" veröffentlicht einen Bericht seines Korrespondenten in San Remo, worin heißt: Führende französische Persönlichkeiten suchen hinter Kulissen die drei Premierminister zur Ueberzeugung zu bringen, daß Deutschland seine Vertragsverpflichtungen nicht erfülle, der Rhein zur endgültigen Grenze erklärt und das Ruhrgebiet militärisch besetzt werden müsse. Doch bestände keine Aussicht, daß die englischen und italienischen Staatsmänner so wilden Vorschlägen ihr Ohr leihen.

Hinter den Kulissen.

San Remo, 24. April. Lloyd George hat bei Besprechung der deutschen Noten mit den britischen Journalisten erklärt, daß der Versuch der Alliierten zum friedlichen Wiederaufbau Europas durch die Mittelmäßigkeit der deutschen Staatsmänner erschweret werde. Wie sehr man diesen Umstand auch bedauere, müsse alles Mögliche getan werden, um zu vermeiden, daß die deutsche Regierung von der Reaktion oder von der bolschewistischen Strömung weggewegt werde.

Die Antwort an Deutschland kein Ultimatum.

Paris, 24. April. "Echo de Paris" deutet an, die Besprechungen in San Remo bedeuteten nichts anderes als Fortsetzung derjenigen, die in Berlin zwischen dem Minister für Auswärtigen und den Vertretern eines der Bundesgenossen (Frankreich) stattgefunden hätten. "Petit Journal" meldet, daß die Antwort der Alliierten an Deutschland wegen der Entwarnung soll in einem sehr bestimmten Tone gehalten sein, nicht den Charakter eines Ultimatus tragen. Das Memorandum, das heute nach Berlin abgehen soll, appelliert zunächst an den guten Willen der deutschen Regierung, den Vertragsbestimmungen

stänktlich nachzukommen. Die Note bemerkt, daß besondere Verbandskommissionen die Entwaffnung überwachen und genau nachprüfen werden.

Der Oberste Rat zu Verhandlungen bereit.

Einladung des deutschen Kanzlers.

Bern, 25. April. Aus San Remo meldet der „Temps“, daß Millerand und Lloyd George am Samstag Morgen im Hotel Royal, dem Sitz der englischen Abordnung eine mehr als zweistündige Unterredung gehabt haben, die überaus herzlich und freundlich verlaufen sei. Zwischen den beiden Regierungshauptern sei es in allen Hauptfragen (Entwaffnung, Wiederherstellung und gemeinsames Vorgehen) zu einer Uebereinstimmung gekommen. Der Einigungsentwurf wird am Sonntag dem Obersten Rat vorgelegt werden. Das Dokument wird von Deutschland Erfüllung des Vertrages verlangen. Die deutsche Regierung wird aufgefordert werden, ihre Einwände vorzulegen. Der deutsche Kanzler wird berufen werden, um mit den Regierungshauptern der Alliierten zu verhandeln. Diese werden das Programm und den Rahmen der Verhandlungen vorher festgelegt haben. Es ist möglich, daß es zu einer Zusammenkunft in Brüssel kommt, und zwar wenn möglich vor der internationalen Konferenz, die im Mai stattfindet, um alle Resultate der Einigungsverhandlungen der Alliierten der Wiederherstellungsfrage zusammenzufassen.

Am 10. Mai läuft die Deutschland gewährte Frist über die Schätzung der Wiederherstellungskosten ab, aber diese Frist kann verlängert werden. Die Alliierten sind dazu bereit, so rasch als irgend möglich die von Deutschland für die Wiederherstellung zu zahlende Summe in Uebereinstimmung mit seinem Zahlungsvermögen festzusetzen. Ueber die Art der Schätzung ist noch kein Beschluß gefaßt worden. Es ist möglich, daß von Deutschland ein Verhältnis zur Vermehrung der Einkünfte seiner Eisenbahnen und Zölle Zahlungen verlangt werden; es ist aber auch möglich, daß eine Gesamtentschädigungssumme genannt wird. Das letzte wird besonders von den Belgiern gewünscht. In San Remo wird noch keine Summe festgesetzt. Das kann nur in Paris geschehen, wo alle Hilfsmittel zu einer derartigen Schätzung vorhanden sind.

90 Milliarden Kriegsschädigung.

San Remo, 26. April. Ministerpräsident Millerand empfahl als Zahlungssystem der von Deutschland zu zahlenden Entschädigung alljährlich zu leistende Zahlungen auf 30 Jahre. Keine Barzahlung soll jedoch geringer als 3 Milliarden sein.

Griechenland am Schwarzen Meer.

M. San Remo, 23. April. In der gestrigen Abend Sitzung der Konferenz von San Remo wurden die europäischen Grenzen der Türkei bis zur Tschataltscha-Linie festgestellt. Beide Thrazien wurden Griechenland zugewiesen, das so bis zum Schwarzen Meere reicht und Adrianopel einschließt. Bulgarien erhält wirtschaftliche Rechte an der Maritsa-Mündung.

Caillaux schuldig erklärt.

M. London, 23. April. Nach einer Neutermeldung aus Paris wurde Caillaux mit 150 gegen 91 Stimmen des Einverstandnisses mit dem Feinde schuldig erklärt.

Das Urteil gegen Caillaux.

Paris, 24. April. Caillaux ist zu drei Jahren Gefängnis verurteilt worden. Die von ihm verübte Untersuchungshaft wird ihm in der Weise angerechnet, daß er nur noch im ganzen zwei Monate Gefängnis zu verbüßen hat. Caillaux ist auch zur Zahlung der Kosten verurteilt worden, deren Betrag auf 520 000 Frs. beschränkt worden ist. Das Urteil lautet auf fünf Jahr Ausenstandsverlust und auf Verlust politischer Rechte auf die Dauer von 10 Jahren.

Aus dem Kreise Westerburg.

Westerburg, den 27. April 1920.

Verkauf des Schlosses. Der Anfang des Artikels in der Nummer betreffend Verkauf des gräflichen Besitzums soll keine Spitze gegen das gräfliche Rentamt sein. Dasselbe hat seiner Berichtigung in Nr. 32 nur Tatsachen berichtet. Erst am 19. April wurde ihm vom Grafen mitgeteilt, daß das Besitzum verkauft ist. Der Verkauf wurde also ohne Wissen des Rentamts vom Grafen bzw. seinem Rechtsbeistand abgeschlossen. Das Rentamt hat den Verkauf an die Stadt Westerburg befürwortet und steht natürlich auch heute noch auf dem Standpunkt, daß der Verkauf das Vorkaufsrecht gebührt. Da in der Verkaufsangelegenheit das letzte Wort noch nicht gesprochen sein dürfte, ist es gewiß ein Vorbehalt für die Stadt, wenn sie auf den Rat und die Unterstützung des Herrn Dekonomierats Schmitt rechnen kann.

Gute Erfolge. Sämtliche Privatschüler des Herrn Pfarrers haben bei ihrem Uebergang auf höhere Schulen die Aufnahmeprüfung in die in Aussicht genommene Klasse bestanden.

Der Eisenbahn-Assistenten-Verband, der 16 000 Mitglieder zählt, hielt in Berlin einen außerordentlichen Verbandstag. Wie man uns schreibt, wurde in einer zur Annahme gelangten Beschlusse gefordert, daß der v. d. Personalvertretung im Reichsverkehrsministerium aufgestellte, vom Reichsfinanz- und Reichsverkehrsministerium angenommene Einstufungsvorschlag der Eisenbahnbeamten und der vom deutschen Beamtenbunde vorgelegte Entwurf der Besoldungsordnung unverändert zur Annahme gelangt. Gefordert wird ferner die beschleunigte Beratung und

Berabschiedung der Besoldungsordnung durch die Nationalversammlung.

Der Provinzialparteitag der Deutsch-Demokr. Partei, zu dem für den Westerwald Herr Bürgermeister Kappel Hachenburg und Herr Hallmann Westerburg entsandt waren, tagte am 24. und 25. d. Mts. in Marburg. Den Hauptpunkt der Tagesordnung bildete die entgeltliche Aufstellung der Kandidatenliste für die kommende Reichstagswahl. Einmütigkeit herrschte darüber, daß gewaltige geistige Kräfte dem neuen Reichstag zugeführt werden müßten, daß aber auch praktische Arbeit, ganz besonders aber die Landwirtschaft durch Fachmänner vertreten sein müßte. Unter Abwägung aller Momente, nur darauf bedacht, ihren Wählern nur die Besten, von den besten Männern zu präsentieren stellte der Provinzialparteitag folgende Kandidaten auf ihre Liste: 1. Walter Schüding Professor Marburg, 2. Trischmann Landwirt, Oberelbenbach, 3. Hugo Preuß R. M. a. D. Berlin, 4. Frh. Dr. Schulz Frankfurt a. M., 5. Pfarrer Philippi Wiesbaden, 6. Oberlizealdirektor Dr. Friedrich Cassel, 7. Syndikus Professor Trumpler-Frankfurt a. M., 8. Postsekretär Raushold Hanau, 9. Lehrer Widel Gestrich b. Wiesbaden, 10. Frh. Dr. Rötke Kassel, 11. Bürgermeister Kappel Hachenburg, 12. Landtagsabgeordneter Hufnagel Arolsen, 13. Frh. Grete Wassmann Eschwege, 14. Geschäftsführer Gerner Frankfurt a. M., 15. Frau Pfarrer Löw Emmerbach b. Wiesbaden, 16. Landwirt Rau Beltershofen b. Marburg, 17. Fabrikbesitzer Privat Friedrichsdorf, 18. Frh. Alma Münch Stadtvordn. Diez a. R., 19. Oberingenieur Rüdiger a. Rh., 20. Justizrat Gelf Frankfurt a. M. Ein Antrag, den Gesamtparteivorstand zu ersuchen, je einen Vertreter des Handwerks und der Beamenschaft auf die Reichsliste an sicherer Stelle zu setzen, fand großen Beifall und wurde von der Hauptparteileitung zugesagt. Dank dem energischen Eingreifen des Herrn Hallmann Westerburg, konnte auch ein Name unserer engeren Heimat in der Person des altbewährten Bürgermeisters Kappel, Hachenburg auf die Liste gebracht werden. Die Wählerschaft wird anerkennen müssen, daß die Deutsch-demokratische Partei bemüht gewesen ist, die besten Männer auf ihre Liste zu bringen, die zu frohen Hoffnungen berechtigen, so daß die Wählerschaft, davon ist die Partei überzeugt, am 6. Juni dankend quittieren wird.

Neue Bierhöchstpreise. Nach einer Berliner Meldung hat das Wirtschaftsministerium den Brauereien eine bedeutende Bierpreiserhöhung, die reichlich eine Verdoppelung darstellt, bewilligt und hat den Höchstpreis ab 15. April 1920 auf 130 M. (bisher 61 M.) festgesetzt. Freilich wird zum Trost auch versprochen, daß das Bier wieder stärker eingetraut werden soll!

Massanische Kriegerversicherung. Gemäß der Verordnung der Reichsregierung vom 14. 2. 1920 über die Auslegung der Begriffe Friedensschluß und Kriegsende mußte, wie uns mitgeteilt wird, eine Verschiebung der Anmeldefrist eintreten. Die Interessenten verweisen wir auf die offizielle Bekanntmachung in letzter Nummer des Kreisblattes.

Rennerod, 21. April. Der bei dem hiesigen Amtsgericht beschäftigte Kanzlist Gros hat nach einer Verfügung des Justizministers die Amtsbezeichnung „Kanzleisekretär“ erhalten.

Aus Nah und Fern.

Hachenburg, 24. April. Am letzten Dienstag wurde auf dem schlichten Friedhof der Abtei Marienstatt ein in der Kraft des männlichen Alters aus dem Leben abgerufener, durch seine hervorragenden geistigen Fähigkeiten und seine Besonnenheit viel versprechender Mönch, Herr Pater Dr. Theobald Schiller, bestattet. Er stand erst im 46. Jahr seines Alters, war auf Weihnachten 1874 zu Schömberg in Württemberg geboren, trat im Alter von 17 Jahren in die damals von dem späteren Bischof Willi geleitete und 3 Jahre zuvor nach achtzigjähriger Aufhebung zum neuem Leben erweckte Abtei Marienstatt ein und wurde im Jahr 1897 Priester. Nach rühmlichen Studien erwarb er sich an der Universität Freiburg in der Schweiz die Doktorwürde im Kirchenrecht. In der Abtei Marienstatt bekleidete der ebenso gelehrte als väterlich liebevolle Pater das wichtige Amt eines Novizenmeisters. Eine heimtückische Grippe, zu der sich leider Wunden und Rippenentzündung gesellte, brachte dem verehrten Würdigen Manne unerwartet rasch den Tod, der für die Abtei bei der Gelehrsamkeit und vielseitigen Verwendbarkeit des frohen Ordensmannes einen so schweren Verlust bedeutet. R. i. p.!

Frische Seefische angekommen.

Karl Jung, Westerburg, Wilhelmstr. 21.

Kreislehrerverein!

Auf die

Vollversammlung,

die am Freitag, den 30. April morgens 11 Uhr beginnt, wird nochmals aufmerksam gemacht. Vollzähliges Erscheinen notwendig.

Der Vorstand.

Bekanntmachung.

Den Hauseigentümern gehen in diesen Tagen die Hauslisten zu der bevorstehenden Reichstagswahl sowie zur Feststellung des Personenstandes zu. Dieselben sind von den Hauseigentümern sowie den evtl. vorhandenen Mietern sofort sorgfältig in allen Spalten auszufüllen und von den Hauseigentümern bis spätestens **Freitag Nachmittag 6 Uhr** auf dem Bürgermeisteramt abzuliefern.

Auf genaue Ausfüllung sämtlicher Spalten und rechtzeitige Ablieferung ist größte Sorgfalt zu verwenden.

Westerburg, den 26. April 1920.

Der Bürgermeister.

Der Plan über die Errichtung einer oberirdischen Telegraphenlinie in der Ober- und Hauptstraße in Girkelroth liegt bei dem Postamt in Wallmerod von heute ab vier Wochen aus.

Wallmerod, den 22. April 1920.

Postamt.

Der Plan über die Errichtung einer oberirdischen Telegraphenlinie in Gaidorf liegt bei dem Postamt in Freilingen von heute ab 4 Wochen aus.

Freilingen, den 24. April 1920.

Postamt.

Aufgebot.

Die Witwe Charlotte Mieg, geb. Altmacher in Ansel (Pfalz) vertreten durch Rechtsanwalt Ludwig Schloßer (Pfalz) hat das Aufgebot des Kurses Nr. 871 über einen Auz der in 1000 Auz geteilten Gewerkschaft des Signit-Flammlohlen-Bergwerks „Wilhelmsfund“ bei Westerburg (Westerwald) beantragt. Der Inhaber der Urkunde wird aufgefordert, spätestens in dem auf den 30. November 1920, vormittags 9 Uhr, vor dem unterzeichneten Gericht anberaumten Aufgebotstermine seine Rechte anmelden und die Urkunde vorzulegen, widrigenfalls die Kraftklärung der Urkunde erfolgen wird.

Reinrod, den 15. April 1920.

Das Amtsgericht.

Jagd-Verpachtung.

Wittwoch, den 19. Mai 1920,

nachmittags 3 Uhr

wird auf dem Gemeindegemeinde zu Irntant die am 31. Juli 1921 fällige Jagd hiesiger Gemeinde (umfassend 87 Hektar Wald und 246 Hektar Feld) auf 9 Jahre öffentlich meistbietend verpachtet.

Irntant, den 24. April 1920.

Der Jagdvorsteher:
Schneider, Bürgermeister.

Jagd-Verpachtung.

Montag den 3. Mai l. Js.,

nachmittags um 3 Uhr,

wird die hiesige Gemeindegemeinde (426 Hektar Feld und Wald) auf die Dauer von 9 Jahren, am 1. 8. 1921 anfangend, öffentlich verpachtet. Bedingungen liegen zu Jedermanns Einsicht auf dem Bürgermeisterdienstzimmer offen.

Emmerichshain, den 8. April 1920.

Der Jagdvorsteher:
Weyl, Bürgermeister.

Unentbehrlich für die Landwirtschaft

ist die

ADEBE-Schrot- und Mahlmaschine.

Verarbeitet zu jeder Feinheit:

Gerste, Weizen, Mais, Roggen, Bohnen, Erbsen, Linsen, Malzkaffee usw.

in Betrieb zu sehen und kostenloser Prospekt, sowie nähere Auskunft bei:

JOS. HUPFELD,

Wiesbaden / Gartenfeldstrasse 33/35.

Brennholz

aller Art, bes. Buche, laufend gesucht. Off. m. Preis erbittet
Hofgärtner, Fritz Erdmann, Frankfurt a. M.-Süd, Laubestr. 29, Tel. Römer 752.

Für die uns in so reichem Masse erwiesenen
Aufmerksamkeiten anlässlich unserer Vermählung

Danken herzlichst

Heinrich Dahl u. Frau

Lina, geb. Jung.

Westerburg, 27. April 1920.

Bei meinem Weggange von hier sage ich meinen
werten Rundschaft sowie allen Bekannten ein

Herzliches Lebemohl!

Das von mir betriebene Kohlengeschäft hat Herr
Ferdinand Zell übernommen. Indem ich für das mir
bewiesene Wohlwollen bestens danke bitte dasselbe auf
meinen Nachfolger übertragen zu wollen.

Frau Therese Zuld Ww.

Hüte werden wie neu
und erhalten die modernen
Formen durch Umpressen.

Ella Fackert, Westerburg.

Unternehmer

mit ca. 50 bis 100 Holzarbeitern zur Abholzung,
und Aufarbeiten von großen Fichtenwäldungen
Westerburg (Westerwald) für die bevorstehende Holzzeit ge-
eignet. Evtl. kann die anfallende Fichtenrinde (10—15 000 Zentner)
genommen werden.

Angebote an

Ernst Schäfer, Holzhandlung, Bonn

Cementrohre u.

= Kopfstücke

in besonders guter Qualität in
10, 15, 20, 25 und 30 Zenti-
meter innere Weite, reichlich am
Lager.

Carl Müller Söhne,

Kroppach

(Bhf. Ingelbach, Westerwaldb.),
Fernr. 8, Altenkirchen, Westerm.

In. Erfurter

Garten- u. Blumen-

== Sämereien ==

sind eingetroffen bei

Hans Bauer, Westerburg.

2 Ziegenlämmer

reinrassige Schweizer Saanen,
hat zu verkaufen
Emil Türk, Hergenroth.

Häuser

mit und ohne Geschäft

Villen, Fabriken, Höfe und Gasthöfe
zwecks Unterbreitung an vorgeru-
ten Käufer. Besichtigung kostenfrei.

C. H. Hülse & Co.
Hannover.

8 Sack Hase

auf Höchstgebot abzugeben

Offerten unt. Nr. 50 an

Exp. d. Bl. erbeten.

Fleißiges properes

Mädchen

gegen hohen Lohn per

gesucht.

Lebrecht Langenohl

Hess a. Rh.,

Strußstraße 43.